

Vorschlag: Herabsetzung des Alters

Jadin unterstützt Schulpflicht ab 5 Jahre

Einige Föderalabgeordnete der Open VLD und der MR, worunter auch Katrin Jadin, haben einen Gesetzesvorschlag zur Herabsetzung der Schulpflicht eingereicht.

Zurzeit ist es so, dass man mit sechs Jahren schulpflichtig wird und das erste Primarschuljahr besuchen muss. Dienstag hinterlegten die Abgeordneten einen Gesetzesvorschlag, um die Schulpflicht auf das 5. Lebensjahr herunter zu schrauben. Das würde bedeuten, dass die Kleinen fortan mit dem letzten Jahr des Kindergartens beginnen müssten. Auch wenn die Schulpflicht eine regionale Kompetenz ist, liegt die Entscheidung das Schulpflichtalter zu senken einzig und allein beim Föderalparlament.

„Seit 2004 plädiert die MR schon für eine Herabsetzung der Schulpflicht auf fünf Jahre. Pierre-Yves Jeholet war damals der Erste, der diesbezüglich einen Gesetzesvorschlag in der Kammer hinterlegt hat. 2007, in meinen ersten Monaten als Föderalabgeordnete, habe ich den Vorschlag erneut hinterlegt. Es war einer meiner ers-

ten Gesetzesvorschläge“, erinnert sich Katrin Jadin.

Eine Studie der HIVA (Hoger Instituut van der Arbeid) belegt, dass 16% der Kinder zwischen 2,5 und 3 Jahren nicht den Kindergarten besuchen. Bei Kindern mit Migrationshintergrund liegt der Prozentsatz gar bei 36%.

Zudem besuchen die Kinder von alleinerziehenden Eltern und von Eltern mit geringerer Schulbildung viel seltener den Kindergarten als gleichaltrige Kinder, die aus einer anderen Sozialschicht stammen. Andere Studien belegen ebenfalls, dass Kinder, die erst sehr spät die Schule besuchen, mit einem Nachteil ins Leben steigen.

Der Lernrückstand spiegelt sich nämlich im weiteren Verlauf der schulischen Laufbahn wieder: die meisten unter ihnen verlassen frühzeitig die Sekundarschule.

„In der DG sind 95% der Kinder bereits im Alter von 5 Jahren eingeschult, wieso sollte das nicht landesweit möglich sein, so dass jedes Kind die gleichen Bildungschancen erhält?“, fragt Katrin Jadin. (red)



Katrin Jadin gehört zu den Befürworterinnen der Altersherabsetzung. Foto: Photo News

Veranstaltung: Jugendpreis „Europa kreativ“ wurde zum zweiten Mal verliehen

Je älter die Teilnehmer, umso konkreter das Bild

Was Europa ist, wissen Kinder meist kaum. So rät selten auch Primarschüler in der DG: Ein Land? Ein Kontinent? Doch das war nur zu Beginn des Projekts „Europa Kreativ“. Als Schüler am vergangenen Mittwoch die Ergebnisse ihrer Projektarbeit präsentierten, kam erstaunliches Europawissen zusammen.

VON ELLI BRANDT

Vincent van Gogh ist ein sehr bekannter Niederländer, wussten bereits die Jüngsten der Grundschule Espeler. „Und in den Niederlanden gibt es die schmalsten Häuser der Welt“, erzählten sie in ihrem Vortrag vor großem Publikum im Ministerium. „In Spanien gibt es Tapas und Paella, und beim Stierkampf bleibt manch einer tot.“ Eine ganze Woche lang gingen die Kindergarten- und Primarschulkinder auf Entdeckungsreise in acht europäische Länder. „Wir haben Tipps gegeben, und die Kinder mussten erraten, um welches Land es sich handelt“, erzählen die Lehrerinnen. Russland hätten die Kinder sofort erkannt, als russische Musik erklang und die Lehrerin eine Matroschka zeigte. Schwieriger wurde es, als es um Schweden ging. „In Skandinavien kennen sich die Kinder am wenigsten aus“, stellten die Lehrerinnen fest.

War das Land erkannt, gingen die Kindergarten- und Primarschulkinder gemeinsam daran, das Land zu erforschen. Die einen malten einen roten englischen Bus, die anderen bastelten Tulpen und ein Stück Käse, um die Niederlande zu illustrieren. Gemeinsam recherchierten die Kinder im Internet. Landestypisches Essen wurde gekocht, und die Schüler hielten kleine Vorträge. Er habe einen Steckbrief über den bekannten französischen Fußballer Ribéry gehalten, erzählt der elfjährige Luc. Die zehnjährige Anna fand



Die Schule aus Espeler nahm auch an „Europa Kreativ“ teil. Foto: Helmut Thönissen

Großbritannien am spannendsten, hat für ihre Mitschüler Informationen über die Sehenswürdigkeiten Londons zusammengestellt.

Wie sieht mein Europa der Zukunft aus? Was bedeutet Europa für mich im Alltag? Was heißt es, Europäer zu sein? Mit diesen Fragen gingen auch die fünf weiteren Projektteilnehmer an den vom Informationsbüro Europa Direkt der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Wettbewerb.

Vorurteile abbauen und Kinder neugierig auf neue Begegnungen machen.

Bilder, Collagen, Graffiti, Kunst, Gedichte und Geschichten entstanden. Alle Beiträge wurden mit einem Preisgeld, das den Projektkosten angepasst war, belohnt.

Ein Theaterstück haben die Kinder der Kreativen Werkstatt Mürringen erarbeitet. Eine Giraffe und ein Zebra traten auf. Hatten nur Beschimp-

fungen füreinander. Ein Punktetier und ein Streifentier - die können sich doch nicht vertragen, hieß es. Können sie doch, wurde in dem Stück deutlich, das helfen soll, Vorurteile abzubauen und Kinder neugierig auf neue Begegnungen zu machen. „Unter dem Motto ‚Wir wollen gemeinsam leben‘ steht das Projekt, das zur Integration in der EU beitragen soll, da auch in den Gemeinden der DG viele Kinder mit Migrationshintergrund leben“, heißt es dazu.

Europa als „Traumland“ präsentierten die Kinder. Primarschüler der Grundschule Nidrum schrieben ein Gedicht, betteten es ein in eine Collage. Das Gedicht erzählt von einem Traum. Mit einer gefundenen Fahrkarte geht es in Richtung „glückliche Zukunft“. Und die hat einen Namen: vereintes Europa, in dem Freundschaft herrscht zwischen Politikern, zwischen Nationen und Religionen.

Je älter die Projektteilnehmer, umso konkreter wurde das Europabild. Wie weit ist ein Europa für alle, fragten Fünft- und Sechstklässler der

Gemeinschaft Büllingen, schrieben eine Geschichte zum Thema Ausländerpolitik. Ein Aufruf an Europa, endlich mehr Solidarität mit Flüchtlingen zu zeigen, ist der Beitrag des Jugendtreff St.Vith. „Hey, Europa. Wir sind alle gleich!“ sagen die Bilder und Graffiti. Wie ist meine persönliche Zukunft im vereinten Europa, fragt sich eine Englischklasse der Pater-Damian-Sekundarschule. Bei einer groß angelegten Zusammenarbeit mit den Aland Inseln wollen sie Antworten finden. Am Anfang steht ein Kurzfilm, in dem die Schüler ihre Fähigkeiten und ihre Region präsentieren.

Zum zweiten Mal wurde der Jugendpreis „Europa Kreativ“ verliehen. Ins Leben gerufen wurde er, als der damalige Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz in Innsbruck den Kaiser-Maximilian-Preis erhielt und das Preisgeld von 10.000 Euro spendete.

www.grenzecho.net/fotos

Premiere: Integration von Menschen mit Migrationshintergrund - Kooperation bei der Gestaltung neuen Zuständigkeiten

Regierungen von Flandern und DG tagten erstmals gemeinsam

Zum ersten Mal überhaupt in der Geschichte des Landes tagten am Donnerstag in Brüssel die Regierungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Flanderns gemeinsam.

Auf Ebene des Bildungswesens gibt es seit vielen Jahren eine gute Kooperation. Auf der gemeinsamen Regierungssitzung zeigte sich Flandern sehr interessiert am Modell der dualen Ausbildung in der DG. Dazu soll es schon in den kommenden Wochen einen vertieften Austausch zwischen den beiden Gemeinschaften geben. In Flandern erwäge man beispielsweise die Einführung von „Schnupperwochen“, wie sie seit Jahren erfolgreich in der DG durchgeführt werden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ihrerseits interessiert sich sehr für die Vorhaben der flämischen Regierung im Bereich der Sekundarschulreform und bei

der Ausweitung der Lehrerbildung. Kooperationen im Bereich der Schulevaluation und mögliche Partnerschaften

zwischen flämischen und ost-belgischen Schulen wurden ebenfalls diskutiert.

Ein weiterer Tagesordnungs-

punkt war der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gewidmet. Die Regierung der Deutschsprachigen

Gemeinschaft möchte im Rahmen des zweiten Umsetzungsprogramms des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) u. a. einen Eingliederungsparcours für Migranten ausarbeiten sowie ein Integrationsdekret verabschieden. Die Flämische Gemeinschaft verfügt bereits über beide Instrumente.

Außerdem beschlossen die Partner eine verstärkte Kooperation bei der Gestaltung der neuen Zuständigkeiten, die im Rahmen der sechsten Staatsreform an die Gemeinschaften übertragen wurden. Dabei handelt es sich insbesondere um Zuständigkeiten aus den Bereichen Seniorenpolitik, Gesundheit und Kinderzulagen. Auch auf Ebene der Außenbeziehungen will man enger kooperieren indem etwa bestehende Abkommen an die neuen Gegebenheiten infolge der Staatsreform angepasst werden.

Im Zuge der Verhandlungen mit der Wallonischen Region wird die Deutschsprachige Gemeinschaft bekanntlich weitere Beschäftigungsbefugnisse ausüben. Flandern hat in diesem Zusammenhang bereits einige Reformen beschlossen, von denen sich zumindest teilweise auch die DG inspirieren lassen könnte. Die Regierungen beschlossen die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, um diese Entwicklungen weiter zu verfolgen. Schließlich wurden auch die europäischen Buchhaltungsnormen („Sec 2010“) thematisiert. Beide Regierungen sind sich einig in der Einschätzung, dass diese zu einer gefährlichen Einschränkung der öffentlichen Investitionskapazität führen. Man plädiert gemeinsam dafür, genau wie in der Privatwirtschaft größere Investitionen auch künftig abschreiben zu dürfen. (red)



Der flämische Ministerpräsident Geert Bourgeois im Gespräch mit Oliver Paasch.